

Das neue Misstrauen gegenüber Freihandelsabkommen **Eine effektive EU-Handelspolitik braucht das Vertrauen der Bevölkerung**

Claudia Schmucker

Die EU läuft Gefahr, ihre handelspolitische Handlungsfähigkeit zu verlieren. Das haben die Auseinandersetzungen um die Verhandlungen von TTIP und CETA gezeigt. Ein Grund für den gesellschaftlichen Widerstand liegt in einem Vertrauensverlust der Bevölkerung in die EU-Institutionen und in die USA. Gleichzeitig zweifeln die Bürger immer mehr am Nutzen von Freihandel und Globalisierung. Die Europäische Kommission hat mit ersten vertrauensbildenden Maßnahmen wie einer Transparenzinitiative reagiert. Mehr ist vonnöten: Die EU muss sicherstellen, dass sie in künftigen Verhandlungen glaubwürdig auftreten kann. Dies gilt nicht nur für eine mögliche Weiterverhandlung von TTIP, sondern auch für die anderen Freihandelsverhandlungen der EU mit Japan, Indien, Mexiko und zahlreichen weiteren Staaten. Gerade Deutschland kann nun durch seine G20-Präsidentschaft ein klares Zeichen für den Sinn und Nutzen von Freihandelsabkommen setzen.¹

Mit den Verhandlungen über ein Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada und dem Beginn der Verhandlungen über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den USA begannen 2013 zum ersten Mal in der Geschichte der EU öffentliche Proteste gegen die europäische Handelspolitik. Weil das Abkommen mit Kanada den Kritikern als Vorläufer des Abkommens mit den USA gilt, fiel es in den Sog der Ablehnung von TTIP. Während Handelsabkommen früher von einer kleinen Zahl an Experten – jenseits des Interesses der Öffentlichkeit – verhandelt wurden, sind insbesondere TTIP und CETA Bestandteil einer öffentlichen Debatte, die Freihandel und Freihandelsabkommen immer kritischer sieht. Dies geht mit einem Misstrauen in die USA als Handelspartner

einher sowie mit einem Vertrauensverlust in die europäischen Institutionen.

Diese Entwicklung hatte bereits Auswirkung auf die Ratifizierung von CETA: Um verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen, setzten die Mitgliedstaaten im Juli 2016 gegen den Willen der Kommission durch, dass das Freihandelsabkommen neben dem Europäischen Parlament (EP) auch von nationalen und regionalen Parlamenten ratifiziert werden muss. Nur so stimmten sie der Unterzeichnung von CETA im Oktober 2016 zu. Ein Scheitern von CETA hätte das Ende der Handlungsfähigkeit der EU in der Handelspolitik bedeutet.

Warum innereuropäisches Vertrauen für die Handelspolitik wichtig ist

Da der Bereich des Außenhandels weitgehend vergemeinschaftet ist, ist hier Vertrauen in die Zuverlässigkeit von Regierungen und Institutionen entscheidend. Dies betrifft sowohl Vertrauen in die Mitgliedstaaten, die das Verhandlungsmandat beschließen, als auch Vertrauen in die Verhandlungsführung der Europäischen Kommission. Sie legt dem Rat zur Vorbereitung von Verhandlungen über Handelsabkommen mit Drittstaaten oder im Rahmen von internationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO) Empfehlungen vor. Der Rat beschließt dann das Mandat, auf dessen Grundlage die Kommission anschließend alleinverantwortlich im Namen aller EU-Mitgliedstaaten verhandelt.

Bereits mit dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) von 1957 wurde festgelegt, eine Zollunion ohne Binnenzölle und andere Handelsbeschränkungen mit einem einheitlichem Außenzoll zu schaffen. Dieses Ziel wurde 1968 für Industrie- und Agrargüter erreicht. Seitdem gelten die Regeln einer gemeinsamen Handelspolitik nach einheitlichen Grundsätzen. Mit der Zeit wurden die Gemeinschaftskompetenzen in der Handelspolitik ausgeweitet. Seit dem Vertrag von Lissabon von 2009 hat die EU nun auch die ausschließliche Kompetenz für Dienstleistungen, geistige Eigentumsrechte und – mit wenigen Ausnahmen – ausländische Direktinvestitionen. Die Handelspolitik ist bislang einer der erfolgreichsten Politikbereiche der EU. Sie ist eine globale Handelsmacht, die auf allen Ebenen (bilateral, regional und multilateral) die internationalen Handelsbeziehungen entscheidend mitbestimmt und gestaltet.

Heute hat die EU Freihandelsabkommen mit über 50 Handelspartnern abgeschlossen. Dazu gehört das Abkommen mit Südkorea, das im Juli 2011 in Kraft trat und die Abkommen mit Kanada (CETA) und Singapur, die beide unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert wurden. Daneben laufen aktuell zahlreiche weitere Verhandlungen, unter anderem mit den USA (TTIP), Japan, Indien, einzelnen ASEAN-Staaten (Malaysia, Vietnam, Thailand, den Philippinen und Indonesien), Mexiko und Mercosur (u. a. Brasilien).²

Seit der EU-Handelsstrategie „Global Europe: Competing in the World“ (2006)³ sind Freihandelsabkommen neben der multilateralen Liberalisierung im Rahmen der WTO ein zentraler Pfeiler, um die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Dabei sollen „Abkommen der neuen Generation“ geschlossen werden, die weit über klassische Marktzugangsthemen hinausgehen. Die Handelsstrategie

der EU-Kommission vom November 2010 „Handel, Wachstum und Weltgeschehen“⁴ führt die Schwerpunkte der Global Europe-Strategie im Wesentlichen fort.

Wachsende zivilgesellschaftliche Kritik am Freihandel

Nichtsdestotrotz sank in Deutschland die Zustimmung zum Freihandel nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung aus dem April 2016 binnen nur zwei Jahren von 88 Prozent (2014) auf 56 Prozent (2016). Äquivalent dazu sprachen sich 33 Prozent der Deutschen gegen TTIP aus (8 Prozent mehr als 2014), während nur 17 Prozent dafür stimmten.⁵ EU-weit stimmten in einer Eurobarometer-Umfrage vom November 2015 53 Prozent für TTIP und 32 Prozent dagegen. Die Zahl der Gegner steigt dabei tendenziell an.⁶ TTIP spielte auch in der Brexit-Kampagne im Vereinigten Königreich eine Rolle, allerdings nur am Rande. Es ging dabei vor allem um den Mythos, dass TTIP den National Health Service, das staatliche Gesundheitssystem, zerstören würde.

Die öffentlichen Proteste und das Brexit-Votum hatten auch Folgen für die bereits verhandelten Freihandelsabkommen wie CETA. So hatte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Ende Juni 2016 zunächst verkündet, CETA als Abkommen in der alleinigen Kompetenz der EU ratifizieren zu wollen. Aufgrund des Protestes aus den Mitgliedstaaten erklärte er dann, dass er CETA als sogenanntes gemischtes Abkommen vorlegen wolle, das nun neben dem Europäischen Parlament auch von den Parlamenten der Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss. Gleichzeitig kündigte er an, das Abkommen bereits vorläufig anzuwenden – nach der Unterschrift durch die EU-Mitgliedstaaten und der Zustimmung im EP.⁷ Doch alleine die Unterzeichnung von CETA gestaltete sich schwierig. Es konnte erst Ende Oktober 2016 unterzeichnet werden, nachdem die belgische Regierung einen Kompromiss mit den Vertretern der Region Wallonien finden konnte.

Durch die Ratifizierung in den nationalen Parlamenten wollen die Mitgliedstaaten versuchen, verlorenes Vertrauen in die europäische Handelspolitik und in die jeweiligen demokratischen Verfahren wiederherzustellen. Infolgedessen müssen die einzelnen Abkommen jedoch von rund 40 nationalen und regionalen Parlamenten ratifiziert werden. Dies beeinträchtigt die Verlässlichkeit der EU als globaler Verhandlungspartner und kann den Erfolg der europäischen Handelspolitik gefährden.

Faktoren im Vertrauensverlust

Einer der zentralen Gründe für die zivilgesellschaftliche Kritik an Freihandelsabkommen ist das Misstrauen gegenüber den USA. Der Beginn der TTIP-Verhandlungen im Juli 2013 fiel mit den Veröffentlichungen des ehemaligen CIA-Mitarbeiters Edward Snowden zusammen, der die Praktiken der US National Security Agency (NSA) enthüllte, in Hinblick auf die weltweite Überwachung der Internetkommunikation wie auf das Ausspionieren zahlreicher Staats- und Regierungschefs – auch in der EU.

Ohnehin sehen viele Europäer das amerikanische System des Kapitalismus sehr kritisch und befürchten, dass es durch TTIP in Europa stärkeren Einzug halten würde. Dies betrifft vor allem das Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS). Während die EU vorschlug, einen ständigen Investitionsgerichtshof ins Leben zu rufen, um auf die Bedenken der Bevölkerung einzugehen, wollen die USA ISDS weiterhin in das Abkommen integrieren. Die europäischen Kritiker befürchten, dass Unternehmen somit demokratische Entscheidungen über Arbeits- und Umweltstandards unterlaufen könnten. Auch weil die EU mit den USA mit einem ebenbürtigen (oder gefühlt sogar stärkeren) Handelspartner verhandelt, befürchten die Kritiker, dass sich die USA mit ihren Forderungen durchsetzen. Hier muss betont werden, dass vor allem das Abkommen mit den Amerikanern in der Öffentlichkeit kritisch gesehen wird; dass die EU im Moment daneben unter anderem mit Japan, Indien, Malaysia, Thailand oder Mexiko verhandelt, ist der breiten Öffentlichkeit so gut wie nicht bekannt (oder sie zeigt sehr viel weniger Interesse daran).

Zusätzlich haben die Wahl von Donald Trump zum nächsten US-Präsidenten sowie seine bisherigen Äußerungen und ersten Personalentscheidungen viele Europäer überzeugt, dass die USA und Europa doch keine gemeinsame Wertegrundlage teilen.

Die Kritik an den neuen Handelsabkommen spiegelt aber auch ein Misstrauen gegenüber den europäischen Institutionen wider, insbesondere gegenüber der Kommission. Diese gilt mitunter als undemokratisch, da sie nicht gewählt wird und somit den Bürgern gegenüber keine unmittelbare Rechenschaft ablegen muss. Verstärkt wird dieses Misstrauen durch den wahrgenommenen Mangel an Transparenz bei den Verhandlungen über Freihandelsabkommen. Die Kommission wird hier als Vertreterin von Wirtschaftsinteressen gesehen, bei der die Bedürfnisse und Interessen der Bürger nur zweitrangig sind – wie etwa hohe Arbeits- und Umweltstandards, Nahrungsmittelsicherheit (zum Beispiel bei gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln/GMOs) sowie ein hoher Verbraucherschutz.

Es besteht die Angst, dass die Kommission in den Verhandlungen über Freihandelsabkommen bereit ist, viele dieser Werte und hohen Standards zum Wohle von Wirtschaftsinteressen aufzugeben beziehungsweise durch ISDS untergraben zu lassen.⁸ Diese Bedenken wurden auch auf dem bundesweiten Aktionstag am 17. September 2016 aufgegriffen, bei dem mehr als 100 000 Teilnehmer in sieben deutschen Städten gegen TTIP und CETA demonstrierten.

Die Rolle von Interessengruppen bei diesem Vertrauensverlust muss jedoch auch kritisch bewertet werden. Viele zivilgesellschaftliche Gruppen wie Campact oder Attac haben das Misstrauen in der Bevölkerung gegen die USA (und TTIP) und die europäischen Institutionen bewusst geschürt und gefördert, sodass nicht eindeutig zu belegen ist, ob diese Gruppen den Vertrauensverlust nur aufgegriffen oder sogar initiiert haben.

Ein möglicher weiterer Faktor im Misstrauen gegenüber Freihandelsabkommen liegt in einer wachsenden Globalisierungsangst. Laut einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Frühjahr 2014 sind zwar immer noch 68 Prozent der Deutschen der Ansicht, dass Globalisierung eine Chance für wirtschaftliches Wachstum bietet, weit mehr als etwa bei den Briten (54 Prozent) und Franzosen (46 Prozent).⁹ Allerdings wird Globalisierung mit steigendem Alter auch kritischer gesehen: Laut einer Forsa-Umfrage waren insgesamt 39 Prozent der Deutschen der Ansicht, dass Globalisierung für sie persönlich vorteilhaft sei; 33 Prozent waren nicht dieser Meinung. Hingegen sahen nur 29 Prozent der über 60-Jährigen Globalisierung positiv, im Gegensatz zu 53 Prozent der unter 30-Jährigen.¹⁰ Dies zeigt eine Vorsichtshaltung in der Bevölkerung auf, die – vor allem in Deutschland – den Erhalt des Status quo will, und nicht das Risiko einer weiteren Marktöffnung. Die neuen EU-Handelsabkommen gehen hingegen genau in die andere Richtung und greifen durch den Schwerpunkt auf nicht-tarifäre Handelshemmnisse tief in die Regulierungshoheit der Staaten und in den Alltag der Bürger ein.

Initiativen der Kommission: Transparenz und stärkere Beteiligung

Die Kommission reagierte im Oktober 2014 auf die Kritik der Bürger und veröffentlichte das Mandat für die TTIP-Verhandlungen, auf das sich die 28 Mitgliedstaaten geeinigt hatten und das den Rahmen für die Verhandlungen mit den USA bildet.¹¹ Dies hätte bereits zu einem früheren Zeitpunkt geschehen müssen, denn die Nicht-Veröffentlichung verstärkte den Eindruck, dass die Verhandlungen nicht im Interesse der gesamten Bevölkerung geführt

wurden. Die Tatsache, dass bislang noch nie ein Verhandlungsmandat veröffentlicht worden war, änderte nichts an dieser Haltung.

Mit ihrem Amtsantritt im November 2014 führte die neue EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström weitere entscheidende Änderungen in der Handelspolitik ein. Sie beschloss zunächst eine neue Transparenzinitiative, mit dem Ziel, möglichst viele europäische Dokumente über die Verhandlungen öffentlich zu machen, um auf diese Weise dem bestehenden Misstrauen Fakten entgegenzusetzen. Auf der Internetseite der Kommission findet man nun aktuelle Berichte über den Stand der Verhandlungen, neue TTIP-Verhandlungsdokumente sowie Studien zum Thema.¹² Um dem Eindruck entgegenzuwirken, dass alleine Wirtschaftsinteressen von Bedeutung seien, beschloss die Kommission, die Meinung der verschiedenen Stakeholder stärker in die Verhandlungen einzubeziehen. Daher rief sie im Januar 2014 zum ersten Mal eine Beratergruppe für die TTIP-Verhandlungen ins Leben, die neben Vertretern aus der Wirtschaft, der verarbeitenden Industrie, der Landwirtschaft und den Dienstleistungen auch aus Experten der Bereiche Verbraucherschutz, Arbeitnehmerrechte (Gewerkschaften), Umweltschutz und öffentliche Gesundheit besteht.¹³ Einige Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, haben diese Beratergruppen zusätzlich auf nationaler Ebene gegründet. Weiterhin führte die EU-Kommission von März bis Mai 2014 eine öffentliche Konsultation über die besonders umstrittenen Investor-Staat-Schiedsverfahren durch, während der sie auch die Verhandlungen mit den USA über das Investitionskapitel aussetzte. Insgesamt gab es 150 000 Rückmeldungen, die in erster Linie sehr kritisch waren.¹⁴ Als Reaktion legte Malmström einen Vorschlag über einen reformierten Investitionsschutz vor, dessen Kern die Schaffung eines stehenden Investitionsgerichts mit einer Berufungsinstanz bildet. In dem reformierten Vorschlag wurden viele Kritikpunkte aufgenommen, beispielsweise wurde ausdrücklich das Recht der Regierungen gestärkt, Regulierungen zum Schutz der Bevölkerung zu erlassen („right to regulate“).

Die Kommission wollte es nicht dabei belassen, nur im Rahmen von TTIP die Transparenz zu stärken und die Stakeholder stärker einzubeziehen. Stattdessen will sie nun die gesamte europäische Handelspolitik in dieser Richtung neu aufstellen. Im Oktober 2015 veröffentlichte sie eine neue Handelsstrategie mit dem Namen „Trade for All“, die in Zukunft für alle Handelsverhandlungen der EU gelten soll. Die Kommission betonte dabei explizit, dass dies auch die „Umsetzung des Versprechens der Juncker-Kommission sei, zuzuhören und auf die Bedenken der europäischen Öffentlichkeit einzugehen“.¹⁵

Zunächst sollen die bisherigen Transparenzinitiativen aus den TTIP-Verhandlungen auf alle bestehenden und zukünftigen Handelsverhandlungen ausgeweitet werden. Weiterhin soll sichergestellt werden, dass so viele Personen wie möglich von den Abkommen profitieren. Dabei werden ausdrücklich Verbraucher, Bürger, Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Menschen in Entwicklungsländern genannt. Neben den Wirtschaftsinteressen wird nun auch die Vermittlung von Werten und Interessen betont, unter anderem hohe Produktstandards, nachhaltige Entwicklung, fairer und ethischer Handel, Menschenrechte und Anti-Korruptionsmaßnahmen.

Trotz dieser zielgerichteten Initiativen der Kommission und ihrem Vorschlag über einen ständigen Investitionsgerichtshof hat die Kritik an der europäischen Handelspolitik und TTIP bislang noch weiter zugenommen. Falls TTIP unter einem Präsidenten Trump oder nach seiner Amtszeit weiterverhandelt wird, müssen weitere Schritte unternommen werden, um dem Misstrauen in den Bevölkerungen entgegenzuwirken. Einschränkend gilt, dass die lautesten Kritiker nie von TTIP überzeugt werden könnten, egal wie transparent und öffentlich die Verhandlungen geführt würden. Denn die Ablehnung von TTIP geht über Misstrauen gegenüber der Kommission hinaus und häufig – wie bereits genannt – mit einem starken Antiamerikanismus, einer grundlegenden Globalisierungskritik sowie mit einer ablehnenden Haltung gegenüber großen Unternehmen einher.

Weitere Handlungsempfehlungen

Die EU kann noch mehr tun, um das Vertrauen in ihre Handelspolitik wiederherzustellen. Dies gilt nicht nur für eine mögliche Weiterverhandlung von TTIP, sondern auch für die anderen Freihandelsverhandlungen der EU mit Handelspartnern wie Japan, Indien, Mexiko und zahlreichen ASEAN-Staaten. Folgende Maßnahmen sind notwendig:

- Die Veröffentlichung einer großen Anzahl von Dokumenten und Verhandlungstexten hat zwar die Transparenz erhöht, kann aber auch verwirrend wirken, da die Texte ohne Expertenwissen zur Handelspolitik häufig nicht zu verstehen sind. Hier wäre es nötig, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten die Texte entsprechend aufarbeiten und der Öffentlichkeit vermitteln. Was wiederum die Bürger nicht von ihrer Pflicht befreit, sich die Informationen zu besorgen. Außerdem sollten die Dokumente nicht mehr zufällig und spontan veröffentlicht werden, sondern in einer Regelmäßigkeit, die für den Einzelnen nachvollziehbar ist. Dies würde die Glaubwürdigkeit der Transparenzinitiativen erhöhen. Neben

den Informationen über die Handelspolitik muss dabei auch der europäische Gedanke stärker ins Bewusstsein gerückt werden.

- Zusätzlich müsste die Europäische Kommission im Bereich der Public Diplomacy stärker mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments zusammenarbeiten, die direkt gewählt wurden und somit eine hohe Legitimität besitzen. Das EP hat seit dem Vertrag von Lissabon deutlich mehr Kompetenzen in der Handelspolitik erhalten. Dies ist der breiten Bevölkerung kaum bekannt und muss in den Diskussionen über Demokratiedefizite stärker betont werden. Daneben sollten EP und Kommission zusammen mit den Mitgliedstaaten eine rechtliche Basis schaffen, wie Stakeholder zukünftig in die Verhandlungen eingebunden werden könnten. Diese festen Strukturen würden auch zu einer höheren Verlässlichkeit in der Zusammenarbeit führen.
- Es bedarf einer politischen Diskussion mit der Bevölkerung darüber, welche Bedeutung der Welthandel, offene Märkte, internationale Standards und Regeln im Handel für die EU und Deutschland haben (für Unternehmen wie für Arbeiter und Verbraucher). Dabei sollte über die wirtschaftlichen Aspekte hinaus die strategische Bedeutung solcher Handelsabkommen hervorgehoben werden. TTIP soll beispielsweise nicht nur der Öffnung der Märkte dienen, sondern durch die Partnerschaft mit den USA auch die Gestaltungsmacht der EU im Welthandel stärken, um so ihre Vorstel-

lungen eines offenen und fairen Handels mit hohen Standards durchzusetzen – insbesondere gegenüber den schnell wachsenden Schwellenländern. Ob dies unter Präsident Trump möglich sein wird, bleibt äußerst fraglich. Der Gestaltungsgedanke gilt auch für das Abkommen zwischen der EU und Japan, der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt. Die EU hat durch die Handelsabkommen die Möglichkeit, ihre Werte weltweit zu fördern. Die neue Handelsstrategie „Trade for All“ betont ausdrücklich, dass für die EU Handel mit Werten wie Menschenrechten und Nachhaltigkeit verbunden ist. All dies muss stärker und verständlicher an die Öffentlichkeit kommuniziert werden.

- Die europäischen Staats- und Regierungschefs müssen sich öffentlich für die europäische Handelspolitik und die Abkommen einsetzen. So fehlt beispielsweise eine Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel zu den Vorteilen von freiem Handel und Handelsabkommen. Das ist umso wichtiger, da die Freihandelsabkommen vom EP und zunehmend auch den nationalen Parlamenten ratifiziert werden müssen. Die deutsche G20-Präsidentschaft und der Gipfel in Hamburg im Juli 2017 bieten hier eine geeignete Gelegenheit, ein klares Zeichen für die Vorteile der Globalisierung und den Sinn und Nutzen von Freihandelsabkommen zu setzen.

Dr. Claudia Schmucker leitet das Programm Globalisierung und Weltwirtschaft der DGAP.

Anmerkungen

- 1 Ich danke Sabine Wolf für ihre großartige Unterstützung bei der Erstellung dieses Textes.
- 2 Vgl. Europäische Kommission, Overview of FTA and Other Trade Negotiations, Mai 2016, <http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/december/tradoc_118238.pdf> (abgerufen am 27.6.2016).
- 3 Vgl. Europäische Kommission, Global Europe: Competing in the World, Oktober 2006, <http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/october/tradoc_130376.pdf> (abgerufen am 20.6.2016).
- 4 Vgl. Europäische Kommission, Handel, Wachstum und Weltgeschehen, Handelspolitik als Kernbestandteil der EU-Strategie Europa 2020, KOM(2010)612, November 2010, <http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/november/tradoc_146956.pdf> (abgerufen am 20.6.2016).
- 5 Bertelsmann Stiftung, Steigende Skepsis: TTIP in Deutschland und den USA unter Druck, Pressemeldung, 21.4.2016, <<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/steigende-skepsis-ttip-in-deutschland-und-den-usa-unter-druck/>> (abgerufen am 28.6.2016).
- 6 Europäische Kommission, Standard Eurobarometer 84, Herbst 2015, <<http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/PublicOpinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/70151>> (abgerufen am 28.6.2016).
- 7 Europäische Kommission, Pressemitteilung, Europäische Kommission legt Vorschläge zur Unterzeichnung und zum Abschluss des EU-Kanada-Handelsabkommens vor, 5.7.2016, <http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-2371_de.htm> (abgerufen am 11.7.2016).
- 8 Vgl. Peter Sparding, Germany's Pivotal Role on the Way to TTIP, GMF Policy Paper, 13. November 2014, <<http://www.gmfus.org/publications/germanys-pivotal-role-way-ttip>> (abgerufen am 5.12.2016).
- 9 Europäische Kommission, Standard-Eurobarometer 81, Frühjahr 2014, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, <http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb81/eb81_public_de.pdf>, S. 141-142 (abgerufen am 15.7.2016).
- 10 Die Deutschen und die Globalisierung, <http://www.prozesstechnik-online.de/home/-/article/31534493/37888838/Die-Deutschen-und-die-Globalisierung/art_co_INSTANCE_0000/maximized> (abgerufen am 15.7.2016).
- 11 Europäische Kommission, TTIP: "I'm Delighted that EU Governments Decided to Make the TTIP Negotiating Mandate Public" – Says EU Trade Commissioner De Gucht, 9.10.2014, <<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1162>> (abgerufen am 30.6.2016).
- 12 Europäische Kommission, Im Blickpunkt: Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, <http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip/index_de.htm> (abgerufen am 28.6.2016).
- 13 Europäische Kommission, Expert Group to Advise European Commission on EU-US Trade Talks, Pressemitteilung, 27.1.2014, <http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-79_en.htm> (abgerufen am 27.6.2016).
- 14 Europäische Kommission, Report Presented Today: Consultation on Investment Protection in EU-US Trade Talks, 13.1.2015, <<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1234>> (abgerufen am 28.6.2016).
- 15 Europäische Kommission, Trade for All: European Commission Presents New Trade and Investment Strategy, 14.10.2015, <<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1381>> (abgerufen am 27.6.2016).

